

## Die Waffenschmieden wird's freuen

Rüstungsausgaben: „Zwei Prozent Unsinn“, FR-Meinung vom 23. Juli

### Großmachtgelüste auf europäischer Ebene

Und so kommt zum guten Ende alles unter einen Hut: Ein französischer Präsident, der seinen Weltraumbewaffnungsfantasien nachhängt; eine ehemalige deutsche Verteidigungsministerin, die als EU-Kommissionspräsidentin „Europa verteidigen“ und „auf eine echte europäische Verteidigungsunion“ hinarbeiten möchte und gleich entsprechende Forderungen aus ihrer europäischen Parteienfamilie nach der Umsetzung der Vorhaben gestellt bekommt; die neue deutsche Verteidigungsministerin, die von Kampfeinsätzen schwafelt und nach ihrer Ernennung eine Erhöhung der Rüstungsausgaben einfordert, von der Bundeskanzlerin unterstützt. Die Waffenschmieden und den militärischen Komplex wird's freuen: Geht doch!

Das ist dann wohl der Preis, der bezahlt werden muss, um Großmachtgelüste wenn schon nicht auf nationaler, dann eben auf europäischer Ebene zu befeuern und das Bein mit den großen Hunden heben zu können! Das ganze Geld wäre sinnvoller eingesetzt, die Klimakrise zu bekämpfen, anstatt mit hochgerüstetem Militär die zu erwartenden Klimaflüchtlinge! War da mal etwas mit dem Friedensnobelpreis für die EU? Ich gebe meinen Anteil daran schon mal zurück! Otto Gebhardt, Frankfurt

### Mehr Waffen führen nicht zu mehr Sicherheit

Die Unionsspitze will den deutschen Rüstungsetat noch weiter in die Höhe treiben und rechtfertigt die gewaltige Ressourcenverschwendung mit der abenteuerlichen Begründung, dass uns dies als „Einsatz für Frieden und Sicherheit wert sein“ müsse. Die simple Formel, je mehr Rüstungsausgaben, Waffen und Militär, desto mehr Frieden und Sicherheit, ist allerdings schlicht und ergreifend gefährlicher Unsinn. Das Gegenteil ist richtig: Aufrüstung und mehr Waffen haben in der gesamten Menschheitsgeschichte nur zu immer brutaleren Kriegen geführt! Da-

her ist die Hoffnung nicht unbegründet, dass diese absurde Propaganda bei der Mehrheit der Bevölkerung nicht verfängt.

Im Mai meldete die Bundesregierung der Nato-Zentrale für das laufende Jahr Rüstungsausgaben von 47,32 Mrd. Euro; für 2020 soll diese Zahl bereits auf 49,67 Mrd. steigen. Statt dieser Kriegsvorbereitungen schlage ich vor, das Geld für wirkliche Probleme aufzuwenden, z.B. für eine Energie- und Verkehrswende, für Armuts- und Fluchtursachenbekämpfung, sozialen Wohnungsbau, Pflege. Für die Sorge um Sicherheit und Frieden empfehle ich eine Rückkehr zu vertrauensbildenden Maßnahmen, Entspannungspolitik, Aushandeln von Abrüstungsverträgen sowie die Schaffung einer Frühwarnstelle, die zwischenstaatliche oder gesellschaftliche Spannungen und Konflikte im Entstehungsstadium öffentlich macht, und einer neutralen Fachstelle zur verbindlichen Mediation zwischen Konfliktparteien. Bernd Bremen, Aachen

### Ein organisatorisches Armutszeugnis

Auffällig ist das eine Ministerium, das nicht imstande ist, termingerecht über seine Beraterverträge Auskunft zu geben. Für jemanden, der in der Firmenlogistik tätig war, ein organisatorisches Armutszeugnis! Ich rede vom Bundesministerium der Verteidigung. Alle Nachrichten der letzten Monate weisen auf eben diese erheblichen Mängel in der Steuerung und Verwaltung hin. Ich zähle Beispiele auf:

- 1) Segelschulschiff Gorch Fock II, Reparaturmanagement;
- 2) Schützenpanzer Puma, Projektmanagement der Bundeswehr;
- 3) Hubschrauber Tiger, Verwendbarkeit und Zuverlässigkeit;
- 4) Armeetransportflugzeug A400M Projektmanagement;
- 5) Ersatzteilmanagement und technische Wartung bei der Bundeswehr;
- 6) Sturmgewehr Heckler&Koch, Zuverlässigkeit.

Und jetzt kommt da eine neue Verteidigungsministerin

und verlangt nach mehr Geld. Zuerst sollte die neue Ministerin dafür sorgen, dass ihre Verwaltung einigermaßen sinnvoll mit dem vorhandenen Geld umgeht! Es geht nicht an, dass ein unfähiges Management noch mehr Geld sinnlos verbrennt. Die vom Bundeswehrverband geforderte öffentliche Diskussion zu den internationalen Aufgaben der deutschen Streitkräfte halte ich dagegen für überfällig! Es reicht nicht, wenn sich die oberste CDU-Frau vor die Soldaten stellt und sinngemäß sagt: „Ich habe euch alle lieb!“ Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee, der immer weniger Rückhalt in der Bevölkerung droht.

Weniger speziell auf ein Ministerium bezogen: Es sollten die beratungsaffinen Minister (speziell Verkehr, Bau und Inneres) bedenken, dass auch sie durch exorbitante Nutzung externer Beratung, die Nähe zum Wähler einbüßen! Es riecht einmal wieder stark nach Hinterzimmerkugel, Erfolg: vorschnelle Verträge mit Mauteintreibern.

Carsten Dietrich Brink, Gauting

### Kampf gegen Korruption und Misswirtschaft

Ihrem Kommentar ist weitgehend zuzustimmen. Statt mit unsinnigen Zwei-Prozent-Zielaufrüstungsforderungen vor allem Trump nach dem Mund zu reden, täte die neue Verteidigungsministerin und CDU-Vorsitzende Kramp-Karrenbauer besser daran, Verschwendung, Misswirtschaft und Korruption im Ministerium und bei der Bundeswehr zu bekämpfen. Dies könnte dazu beitragen, ausreichende finanzielle Spielräume zu eröffnen, und wäre ein Dienst an der Gesellschaft. Allerdings ist bereits AKKs Vorgängerin von der Leyen an dieser Aufgabe gescheitert.

Ihre Karikatur zum gleichen Thema ist übrigens ein Beispiel für gelungenen „englischen“ Humor – im Unterschied zu den schalen Witzchen des neuen englischen Premiers.

Norbert Fabian, Duisburg

Diskussion: [frblog.de/ruestung](http://frblog.de/ruestung)



### BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

#### Schreiben Sie an:

Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

#### Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

#### Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder  
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

### FR ERLEBEN

**Jan Christian Müller** ist zu Gast im Fußballtalk „Doppelpass“, unter anderem mit Sandro Schwarz, Cheftrainer des Fußballbundesligisten 1. FSV Mainz 05.  
**11. August, 11 Uhr Sport1**

**Stephan Hebel** lädt wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu politischen Themen. Einlass ab 18 Uhr.  
**5. September, 19 Uhr Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt**

**Lutz „Bronski“ Büge** stellt seinen neuen Roman „Incubus - Virenkrieg III“ vor und liest daraus. Anlässlich der Neuerscheinung gibt es Crémant. Eintritt frei, Eine Veranstaltung von Pro Lesen e.V.  
**19. September, 19.00 Uhr Bibliothekszentrum Sachsenhausen, Hedderichstr. 32, Frankfurt**

**Bernd Hontschik** liest aus seinem Buch „Erkranken schadet der Gesundheit“, das auf seinen Kolumnen für die FR beruht. Anschließend Diskussion.  
**24. Oktober, 18.30 Uhr Bürgerinstitut, Oberlindau 20, Frankfurt**

## Schädliche Konservative

Großbritannien: „Käpt'n Johnson lügt“, FR-Meinung vom 24. Juli

Boris Johnson ist Premierminister, und der Aufschrei ist groß. Zu Recht, aber leider aus den falschen Gründen, denn das Problem ist nicht Boris Johnson. Das Problem sind diejenigen, die ihn zum Premierminister gemacht haben, die Mitglieder der Konservativen Partei. Das ist nicht der Bodensatz der Gesellschaft, der in den Armenvierteln lebt, das sind in der Mehrzahl die Privilegierten, die, wie Johnson selbst, Eliteschulen besucht und einen Abschluss in Oxford oder Cambridge gemacht haben. Offenbar glauben sie, dass dieser der Lüge überführte Selbstdarsteller ihre Interessen am besten vertritt (oder sich vielleicht sogar als Marionette lenken lässt).

Dasselbe gilt natürlich auch für die Republikaner, die hinter Donald Trump stehen, dessen menschenverachtende Positionen von ihnen gerne in Kauf genommen werden, solange dadurch die eigenen Interessen gewahrt bleiben. Im bürgerlichen Deutschland wäre so etwas natürlich undenkbar – oder? Wie lächerlich ist eine Frau Merkel, die sich gern als Umweltkanzlerin bezeichnen ließ, wenn sie in ihrer Sommerpressekonferenz zum Besten gibt, es habe der Ernsthaftigkeit der Proteste der „Fridays-for-Future“-Bewegung bedurft, um sich entschlossener der Umweltproblematik anzunehmen? Müssen Kinder und Jugendliche den Profis jetzt die Politik erklären? Außerdem war es nicht die „Fridays-for-Future“-Bewegung selbst, die diese Reaktion hervorgerufen hat, sondern der Umstand, dass infolge der Proteste die Grünen jetzt bei über 20 Prozent in den Wahlumfragen liegen. Vergleichbares gilt für das Erstarken des Rechtsextremismus, gegen das man nicht konsequent vorgegangen ist in der fatalen Hoffnung, dass die nationalistisch gesonnene Wählerschaft nicht gänzlich zur AfD abwandert. Anstatt sich den drängenden gesellschaftlichen Problemen zu stellen, wird lieber der Sozialismus als Schreckgespenst an die Wand gemalt – wie originell! Dabei ist es die konservative Klientelpolitik, die nachhaltig der Gesellschaft schadet und deshalb im Wortsinne sozial ist. Andreas Ohme, Greifswald

## Krumme Idee der Grünen

Zu: „Grüne wollen Fliegen obsolet machen“, FR-Wirtschaft vom 24. Juli

Beim Überfliegen der Überschriften las ich in der FR: „Grüne wollen Fliegen obsolet machen“. Ich dachte: Eine etwas krumme Idee der Grünen, aber trotzdem gut, da die kleinen Biester, und dann auch noch in Scharen, ja ordentlich beißen und stechen, insbesondere an diesen schwülen Tagen ... Na ja es lohnt sich eben, die Artikel der FR ganz zu lesen.  
Nico Collé, Kyllburg

## Der Gesamtnutzen ist lächerlich gering

Öffentlicher Nahverkehr, saubere Luft: „Wir brauchen zehn Milliarden“, FR-Wirtschaft vom 23. Juli

Kein zusätzliches Geld mehr sollte in die Umweltverträglichkeit bzw. Emissionsminderung von Bussen und Zügen fließen (Ausnahme eventuell: reine Stadtbusse). ÖV-Geld sollte lieber in verbesserte Fahrpläne mit häufigen Fahrten und Nachtbedienung fließen. Dann würden etliche Autofahrer umsteigen auf Bahn und Bus.

Beweis: Die Verkehrsmittelwahl. Sieben Prozent des Personenverkehrs geschieht mit ÖV (öffentlicher Verkehr, Bahn und Bus). 93 Prozent geschieht mit mobilem Individualverkehr (MIV, =Auto). Etwa die Hälfte des ÖV fährt bereits einigermaßen

umweltverträglich (Elektrozüge, O-Busse, Straßenbahnen, Erdgasbusse). Also geht es nur noch um 3,5 Prozent der gesamten Umweltbelastung durch Personenverkehr. Geht man davon aus, dass im durchschnittlichen Bus/Dieselszug zehn Fahrgäste sitzen, dann kämen wir auf etwa 0,35 Prozent Verbesserung der gesamten Umweltbelastung durch Personenverkehr, wenn wir auf einen Schlag alle Züge und Busse auf Elektroantrieb umstellen würden. Peanuts! Teuer und lächerlich wenig Gesamteffekt! Die Autoindustrie lacht sich ins Fäustchen wie bei Stuttgart 21: Milliarden werden

angeblich für den ÖV ausgegeben, ohne dass es für Fahrgäste Verbesserung gibt. Beim Auto ist der Effekt um Zehnerpotenzen größer: Mit einer Senkung des Treibstoffverbrauchs bei Autos um zehn Prozent würden wir die Umweltbelastung durch den gesamten Personenverkehrs um 9,3 Prozent senken (Geschwindigkeitsbegrenzungen, leichtere und schwächere Autos, Radarkontrollen).

Das ist immer noch viel zu wenig. Der ÖV muss um ein Vielfaches gesteigert werden, damit Autofahrer umsteigen können. Nicht kleckern, sondern klotzen! Lennard Alswede, Gießen